

Zeitschrift: SuchtMagazin
Herausgeber: Infodrog
Band: 49 (2023)
Heft: 3-4

Artikel: Das Geschäft mit der Sucht
Autor: Effertz, Tobias
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1050128>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Geschäft mit der Sucht

2023-3&4
Jg. 49
S. 10 - 13

Suchtgüterindustrien für alkoholische Getränke und Tabakprodukte sind trotz zahlreicher regulatorischer Einschränkungen nach wie vor äusserst erfolgreich. Ein wesentlicher Grund hierfür ist neben einem flexiblen und effizient auf Regulierungen reagierendem Management eine sehr wirksame Lobbytätigkeit, durch welche wichtige Gesetzesvorhaben abgeschwächt, aufgeschoben oder komplett abgewehrt werden. Die Kosten von schädlichem Konsum und Sucht übersteigen die Umsätze deutlich. Da aus gesamtgesellschaftlicher Sicht das Geschäft mit der Sucht ein Verlustgeschäft darstellt, gilt es wirksame Präventionsmassnahmen endlich umzusetzen.

TOBIAS EFFERTZ

Priv. Dozent, Dr. rer. pol., Dipl. Volkswirt, Diplom Kaufmann; Universität Hamburg, Fakultät für Betriebswirtschaft, Institut für Recht der Wirtschaft, Universität Hamburg, Moorweidengasse 18, D-20148 Hamburg, Tel.: +49 (0)40 42838 6450, effertz@uni-hamburg.de

Einleitung – das Geschäft mit Suchtgütern

Das Geschäft mit süchtig-machenden Konsumgütern in Deutschland floriert. Die Tabakindustrie hat mit 29,38 Mrd. Euro Umsatz im Jahr 2021 in Deutschland mehr verdient als jemals zuvor in ihrer Branchengeschichte (Statistisches Bundesamt 2023). Für den Umsatz mit alkoholischen Getränken in Deutschland gehen Prognosen nach einem durch die Coronapandemie bedingten Rückgang in den Jahren 2020–2022 mit zuletzt 42 Mrd. Euro Jahresumsatz von einem starken Anstieg bis zum Jahr 2027 auf über 60 Mrd. Euro aus.¹

Der Spirituosenhersteller Diageo erzielte im Geschäftsjahr 21/22 weltweit 15,5 Mrd. Britische Pfund² und die Cannabisindustrie in den US-Bundesstaaten, die den Konsum von Cannabis zu Genusszwecken legalisierten, verzeichnet ebenso stetig steigende Umsätze.³ Für Deutschland wird allein für Cannabis zu medizinischen und therapeutischen Zwecken eine Verdopplung des Umsatzes in den kommenden vier Jahren prognostiziert.⁴ Eine Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken – wie momentan von der Bundesregierung geplant – bzw. der aktuell noch illegal erfolgende Konsum von über 600 000 missbräuchlich bzw. abhängig Cannabis konsumierenden Personen in Deutschland (Rummel et al. 2023) ist dabei noch nicht berücksichtigt. Aktuell rauchen zwischen 13,6 und 25,9 Mio. Menschen in Deutschland und 3 Mio. Menschen

konsumieren missbräuchlich Alkohol oder sind alkoholabhängig (Rummel et al. 2023).

Obwohl Tabakprodukte, aber auch alkoholische Getränke und sämtliche andere illegale psychoaktive Substanzen weltweit durch Massnahmen in Form starker Markteingriffe reguliert werden, wenn nicht sogar verboten sind, lässt sich offensichtlich mit Suchtgütern immer noch viel Geld verdienen.

Dies liegt im Wesentlichen in dem problematischen Zusammenhang begründet, dass Suchtgüterindustrien das meiste Geld mit Konsument:innen mit einer Suchterkrankung verdienen (z. B. Cook 2007). Personen mit einer Suchterkrankung müssen nicht mehr vom Suchtgut durch aufwendiges Marketing überzeugt werden; durch ihre Abhängigkeit sind sie die loyalsten Kund:innen.

Die ökonomischen Kosten der Sucht

Unternehmen der Tabak- und Alkoholindustrie stellen regelmässig dar, wie wichtig ihre Branchen für die Volkswirtschaft seien. Die Kehrseite dieser Medaille sind die hohen Kosten, die durch Suchterkrankungen jedes Jahr in Deutschland entstehen.

Die ökonomischen Kosten von Krankheiten und damit auch von Suchterkrankungen lassen sich methodisch-konzeptionell über die sogenannte Krankheitskostenmethode von Rice (1967), die eng an die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung angelehnt ist, abschätzen. Man

unterscheidet zwischen direkten monetären Kosten im Gesundheitssystem, die aufgrund der Suchterkrankung für ärztliche Behandlungen, Medikamente, ambulante und stationäre Suchtrehabilitationen etc. entstehen und indirekten Kosten, die resultieren, weil Suchtkranke an Produktivität einbüßen und dadurch arbeitslos und ggf. frühverrentet werden oder sogar deutlich früher sterben. Somit ergeben die direkten und indirekten Kosten zusammen die «ökonomischen Kosten» einer Suchterkrankung.

Für Deutschland existieren bereits einige Abschätzungen zu den Kosten von Suchterkrankungen, wobei häufig der «(gesundheits-)schädliche Konsum» von Suchtgütern in Berechnungen miteinbezogen wird, da eine Abgrenzung zwischen Sucht und schädlichem Konsum in vielen Erhebungen nicht vorgenommen wird und letztlich die Gesamtkosten beider Gruppen aus gesundheitspolitischer Sicht relevant sind.

Die direkten Kosten des schädlichen Alkoholkonsums im Gesundheitswesen in Deutschland belaufen sich auf insgesamt 16,59 Mrd. Euro pro Jahr. Die indirekten Kosten des schädlichen Alkoholkonsums machen weitere 40,44 Mrd. Euro pro Jahr aus. Der Tabakkonsum verursacht direkte Kosten von 30,32 Mrd. Euro sowie weitere 66,9 Mrd. Euro an indirekten Kosten (Effertz 2020).

Für Cannabis wurden knapp 1 Mrd. Euro an ökonomischen Kosten pro Jahr ermittelt (Effertz et al. 2016) und für pa-



JUMBO SLOT

7	BAR	BAR	WINS	BAR	BAR	7
77	BAR	BAR	777	BAR	BAR	77
7	BAR	7	BAR	BAR	BAR	7
BAR	BAR	BAR	BAR	BAR	BAR	BAR



BARS & 7S WINS!

BAR BAR BAR

777

BARS & 7S WINS!

BAR BAR BAR

777

thologisches Glücksspiel 218 Mio. Euro (Effertz et al. 2018).⁵

Diese Kosten dürften mittlerweile aufgrund der aktuellen Inflation und vergangener Preissteigerungen speziell im Gesundheitswesen höher liegen und übersteigen die Umsätze der Industrie deutlich.

Die intangiblen und externen Kosten von Sucht

Die ökonomischen Kosten von Menschen mit einer Suchterkrankung erfassen den gesellschaftlichen Schaden nur unzureichend. Es existieren weitere Kostenarten, die auch im wirtschaftswissenschaftlichen Sinne berücksichtigt werden müssen, da sie das Verhalten von Betroffenen sowie gesundheitspolitische Ressourcenallokationen und Investitionsentscheidungen massgeblich beeinflussen können (Effertz 2015).

Zum einen werden häufig die sogenannten externen Kosten vergessen. Dies sind Kosten, die von anderen Personen, typischerweise aus dem engeren Familienumfeld der suchterkrankten Person, aber auch der Gesellschaft allgemein zu tragen sind. In diese Kategorie fallen beispielsweise gesundheitliche Schäden durch Passivrauchen oder Co-Alkoholismus ebenso wie die Behandlungskosten bei Körperverletzungen unter Drogeneinfluss. In einigen Fällen lassen sich die externen Kosten aufgrund langer Zeiträume von der Exposition mit den gesundheitlichen Risikofaktoren wie Tabakrauch bis zur Inanspruchnahme von konkreten Gesundheitsleistungen kaum mehr messen. Auch die gesundheitlichen Langzeitfolgen von Kindern aus Suchtfamilien sind schwierig zu quantifizieren, da Kinder häufig erlittenes Leid nicht direkt zeigen, sondern dieses in Form einer psychologischen Behandlung erst Jahrzehnte später aufarbeiten (ebd.).

In Deutschland leben allein 1,038 Mio. Kinder in einem Haushalt mit mindestens einer Person, welche schädlich Alkohol konsumiert. Zudem sind 1,34 Mio. Kinder zu Hause dem Passivrauch ausgesetzt (Effertz 2015).

Kommt es aufgrund von Alkohol- oder anderem Drogeneinfluss zu Verkehrsunfällen und Sachbeschädigungen, sind diese nicht-gesundheitlichen Kosten ebenfalls den Kosten der Sucht zuzurechnen. Auch die Beschaffungskriminalität, die man etwas zynisch als Umverteilung und damit wohlfahrtsökonomisch als irrelevant be-

urteilen könnte, führt zu Kosten in Form von Abwehrmassnahmen, ausbleibenden Investitionen, z. B. in Gegenden mit hoher Präsenz an Menschen mit einer Suchterkrankung und Kosten durch Strafverfolgung und den Strafvollzug.

Schliesslich müssen noch die intangiblen oder psychosozialen Kosten erwähnt werden, die einen monetären Wert von Schmerz und Leid abbilden, sowohl für Betroffene als auch für externe, nicht direkt durch Sucht betroffene Personen. Diese werden, wenn sie überhaupt quantifiziert werden, in der Regel nicht zu den ökonomischen Kosten gezählt, da sie nicht an Märkten ermittelt werden und damit deren Wertzumessungen letztlich subjektiv bleiben. Das Einfordern eines Ausweises einer monetären Grösse von Schmerz und Leid der Sucht ist auch dem Umstand geschuldet, dass aus subjektiver Sicht eine Reduzierung der Schäden der Sucht auf Ressourcenverwendungen und Produktivitätseinbussen nicht adäquat erscheint. Wenn man die in Deutschland gängige Praxis der zivilrechtlichen Kompensation mit Schmerzensgeld als Orientierungsgrösse bei der Wertzumessung für intangible Schäden von Suchtgütern akzeptieren würde, dann ergäben sich weitere immaterielle Kosten im Umfang von 19,6 Mrd. Euro durch den schädlichen Alkoholkonsum sowie 98,7 Mrd. Euro durch den Tabakkonsum. Diese Summen ergäben sich zusätzlich, wenn die Alkohol- bzw. Tabakindustrie für die von ihren Produkten verursachten psychosozialen Schäden haftbar gemacht werden könnte. Zudem können sie als wichtige Orientierungsgrössen für die Dringlichkeit des gesundheitspolitischen Handlungsbedarfs fungieren.

Unternehmensstrategien der Suchtgüterindustrien

Trotz der vielen regulatorischen Restriktionen ist es den Suchtgüterindustrien bislang gelungen, ihr Geschäft erfolgreich zu verteidigen und weiterzuführen. Der Hauptgrund liegt in den sehr effektiven Lobbyanstrengungen der Industrie (z. B. Grüning et al. 2008; Cook 2007), mit denen es ihr gelingt, Regulierungen abzumildern, hinauszuzögern und mit förderlicher Unternehmenskommunikation zu flankieren.

Zu den Lobbyanstrengungen gehört es

grundsätzlich Zweifel an effektiven Massnahmen gegen Sucht zu sähen und durch gekaufte Gutachten und Expert:innen einen wissenschaftlich fundierten Eindruck für die Industriepositionen zu erwecken (siehe Artikel von Rolf Hüllinghorst in dieser Ausgabe).

So wurden beispielsweise spürbar höhere Steuern auf Tabakprodukte in Deutschland bislang immer mit dem Einwand verhindert, Raucher:innen würden in der Folge ihre Produkte auf dem Schwarzmarkt erwerben; ein Argument, das zwar zunächst plausibel klingt, bislang aber empirisch nicht bestätigt wurde (Effertz & Schlittgen 2013).

Die mittlerweile nicht mehr haltbare Aussage, es gäbe einen gesundheitsförderlichen Effekt moderaten Alkoholkonsums, wurde u. a. von der Industrie gerne verwendet, um Bestrebungen nach Alkoholsteuererhöhungen zu verhindern. Mit Erfolg: Tatsächlich erfolgte die letzte Alkoholsteueranhebung, lässt man die Alcopopsteuer im Jahr 2004 auf alkoholische Mischgetränke unberücksichtigt, im Jahr 1982 bei Spirituosen unter Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Auch das Verbot von Tabakaussenwerbung wurde in Deutschland lange Zeit mit dem Verweis auf die Meinungs- und Berufsfreiheit der Tabakindustrie blockiert. Deutschland war damit das letzte Land innerhalb der EU, welches ein solches Verbot gemäss der Rahmenkonvention für Tabakkontrolle FCTC 2020 umgesetzt hatte.⁶

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass unter den vielen betriebswirtschaftlich strategischen Überlegungen der Suchtgüterindustrie, wie die Kostensenkungen durch Produktionsverlagerungen in Entwicklungsländer, die Unternehmenskäufe im E-Zigarettensegment sowie die Professionalisierung bei Anbau und Vertrieb von Cannabis in den USA und Kanada, die politische Einflussnahme durch die Lobbyarbeit bislang das wirksamste Instrument gegen die Bekämpfung von Suchterkrankungen darstellt.

Gesundheitspolitische Massnahmen

An den eingangs erwähnten Umsatzzahlen zeigt sich, dass es der Suchtgüterindustrie immer wieder erfolgreich gelingt, den angestrebten Regulierungsvorhaben der Gesundheitspolitik zu trotzen. In Deutschland

wird dies durch die Tatsache deutlich, dass die Prävalenz des Rauchens und des schädlichen Alkoholkonsums nach wie vor konstant hoch ist (Rummel et al. 2023).

Aus wohlfahrtsökonomischer Sicht liesse sich die aktuelle Situation der Menschen mit einer Suchterkrankung in Deutschland relativ einfach verbessern, da sich sowohl präventiv die Anzahl der Betroffenen als auch die durch Sucht verursachten ökonomischen Kosten durch geeignete verhältnispräventive Massnahmen wirksam reduzieren liessen (Anderson et al. 2009). Angesichts steigender Kosten sowohl bei den Suchterkrankungen als auch bei den allgemeinen Gesundheitsausgaben in Deutschland ist es daher nicht akzeptabel, dass Interventionen und Präventionsmassnahmen mit den grössten positiven Effekten für Menschen mit Suchterkrankungen aufgrund von Industrieinflüssen unterbleiben. Falsch investierte Steuergelder und Krankenversicherungsbeiträge in ineffektive Massnahmen bedeuten ausserdem das Fehlen von Investitionen an anderer Stelle im Gesundheitssystem, um andere Krankheiten präventiv oder kurativ zu behandeln, die im Hinblick auf die Höhe ihrer Krankheitskosten ebenso reduziert werden sollten.

Neben dem oben skizzierten Problem der Lobbyanstrengungen sind Steuern auf Alkoholika und Tabak wichtige Posten im Bundeshaushalt. Obwohl es volkswirtschaftlich sinnvoller wäre, die Steuern auf Alkohol und Tabak so zu erhöhen, dass alle ökonomischen und intangiblen Kosten von Menschen mit einer Suchterkrankung über die zu zahlenden Preise an der Supermarktkasse eingepreist würden, möchte die Politik eine damit einhergehende Reduktion der jeweiligen Steueraufkommen vermeiden. Dies hat mit der kameralistischen Sicht auf Bundesebene zu tun, die an Krankheitskosten grundsätzlich nicht interessiert ist, obwohl eine Verbesserung der Gesundheit auch an anderer Stelle die Steuereinnahmen erhöht, z. B. bei der Einkommenssteuer aufgrund der gestiegenen Produktivität.

Schliesslich sind auch Politiker:innen aufgefordert, die Evidenz zu den gesundheitsschädlichen Auswirkungen und Kosten des Konsums von Suchtgütern zur Kenntnis zu nehmen. Die Besorgnis um Wählerstimmen könnte beispielsweise durch den

Einsatz von Steuermitteln zur Senkung der Mehrwertsteuer allgemein oder speziell bei gesunden Produkten wie Obst und Gemüse entgegengewirkt werden. Dies wäre auch vor dem Hintergrund der anhaltenden hohen Inflation in Deutschland ein wichtiges Signal zur Verdeutlichung einer Gesundheitspolitik, die die gesunde Wahlalternative zur günstigeren Wahlalternative macht (Winkler 2012).

Deshalb ist auf Basis der aktuellen Situation eine deutliche Verschärfung der verhältnispräventiven Massnahmen erforderlich. Die Steuern auf Alkohol und Tabak sollten endlich spürbar erhöht werden, sodass die ökonomischen Kosten des Alkohol- und Tabakkonsums zumindest eingepreist wären und damit einerseits die Kosten der Sucht reduziert, aber andererseits auch das Geschäft mit der Sucht sich für die Industrie nicht mehr lohnt.

Hinsichtlich der geplanten Cannabislegalisierung der Bundesregierung bleibt nur zu hoffen, dass man den Konsum dieses Suchtgutes für die Konsument:innen teuer macht. Und dies bedeutet neben konsequentem Marketingverbot und wirksamen Vertriebsbeschränkungen nicht nur Steuern und damit hohe Preise im dann legalen Bereich, sondern auch spürbare Strafen im illegalen Markt, der – wie sich in Cannabislegalisierenden Staaten gezeigt hat – nicht verschwindet. Nur so lassen sich Jugend- und Gesundheitsschutz sicherstellen.⁷

Literatur

- Adams, M./Effertz, T. (2022): Notwendige Voraussetzungen einer kontrollierten Freigabe von Cannabis und anderer THC-haltiger Produkte. *Sucht* 68(6): 345-350. doi.org/10.1024/0939-5911/a000791
- Anderson, P./Chisholm, D./Fuhr, D.C (2009): Effectiveness and cost-effectiveness of policies and programmes to reduce the harm caused by alcohol. *Lancet* 373(9682): 2234-2246.
- Cook, P.J. (2007): *Paying the Tab: The Costs and Benefits of Alcohol Control*. Princeton: Princeton University Press.
- Effertz, T. (2015): *Die volkswirtschaftlichen Kosten gefährlichen Konsums - Eine theoretische und empirische Analyse für Deutschland am Beispiel Alkohol, Tabak und Adipositas*. Frankfurt a.M.: Peter Lang Verlag.
- Effertz, T. (2020): Die volkswirtschaftlichen Kosten von Alkohol- und Tabakkonsum in Deutschland. S. 225-234. in: *Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen* (Hrsg), *DHS Jahrbuch Sucht 2020*. Lengerich: Pabst Science.

- Effertz, T./Bischof, A./Rumpf, H.-J./Meyer, Ch./John U. (2018): The effect of online gambling on gambling problems and resulting economic health costs in Germany. *The European Journal of Health Economics* 19(7): 967-978. doi: 10.1007/s10198-017-0945-z
- Effertz, T./Schlittgen, R. (2013): Zigarettenpreise, Tabaksteuern und der Anteil an Schmuggelzigaretten in Deutschland. *Das Gesundheitswesen* 2013 75(06): 95 – 100. doi: 10.1055/s-0032-1321776
- Effertz, T./Verheyen, F./Linder, R. (2016): Ökonomische und intangible Kosten des Cannabiskonsums in Deutschland. *SUCHT* 62(1): 31-41. <https://doi.org/10.1024/0939-5911/a000406>
- Grüning, T./Strünck, C./Gilmore, A.B. (2008): Puffing away? Explaining the politics of tobacco control in Germany. *German Politics* 17(2): 140-164.
- Rice, D.P. (1967): Estimating the cost of illness. *American Journal of Public Health* 57(3): 424-40. doi: 10.2105/ajph.57.3.424
- Rummel, C./Lehner, B./Kepp, J. (2023): *Daten, Zahlen und Fakten. S. 9-32 in: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen* (Hrsg), *DHS Jahrbuch Sucht 2023*. Lengerich: Pabst Science.
- Statistisches Bundesamt (2023): *Finanzen und Steuern. Absatz von Tabakwaren. 2023*. <https://bit.ly/44uKi4H>, Zugriff 05.07.2023.
- Winkler, J.T. (2012): Make the healthy choice the cheaper choice. *British Medical Association* 2012; 344:e3834. doi: 10.1136/bmj.e3834

Endnoten

- ¹ Vgl. Website von statista zum Umsatz mit alkoholischen Getränken in Deutschland nach Segment in den Jahren 2014 bis 2022 mit einer Prognose bis 2027: <https://bit.ly/3pBCwal>, Zugriff 04.07.2023.
- ² Vgl. Website von statista zum weltweiten Umsatz von Diageo in den Jahren 2009 bis 2022: <https://t1p.de/5qu7j>, Zugriff 11.07.2023.
- ³ Vgl. Website von statista zum Umsatz mit Cannabis in den USA in den Jahren 2016 bis 2025 (prognostiziert): <https://t1p.de/4uhkq>, Zugriff 11.07.2023.
- ⁴ Vgl. Website von statista zu Cannabis - Deutschland: <https://bit.ly/46PsS4T>, Zugriff 04.07.2023.
- ⁵ Für eine Zusammenstellung der volkswirtschaftlichen Kosten von Sucht in der Schweiz siehe die Website des Obsan – Schweizerisches Gesundheitsobservatorium: <https://t1p.de/xz4qw>, Zugriff 11.07.2023.
- ⁶ Vgl. Artikel in *Der SPIEGEL*: Bundestagsfraktion - Union macht Weg frei für Tabakwerbeverbot: <https://t1p.de/p148y>, Zugriff 11.07.2023.
- ⁷ Für die notwendigen Voraussetzungen einer kontrollierten Abgabe von Cannabis und anderer THC-haltiger Produkte siehe Adams & Effertz 2022.